

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Klimaschutz ohne wenn und aber – Auf dem Weg zur solaren Gesellschaft

Leitprojekte einer neuen ökologischen Politik

Klimawandel ist kein Schicksal. Die Zeiten sind vorbei, als man glaubte, nur durch fossile Energien und Emission von Treibhausgasen könne „Reichtum“ entstehen. Eine energieintelligente Kultur ist technisch möglich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zum Beispiel mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Ökosteuer dazu beigetragen, dass man inzwischen von einer Energierevolution sprechen kann, die weltweit ein Erfolgsmodell ist.

Aber es geht zu langsam. Der Klimawandel, verstärkt noch durch die absehbare Verknappung fossiler Energieträger, zählt zu den ernstesten Bedrohungen, denen die Menschheit je gegenübergestanden hat. Zunehmend mehr führende Kräfte in Politik und Wirtschaft beginnen eine Ahnung von dessen Auswirkungen zu bekommen. In vielen Ländern sind daher Programme angelaufen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung Erneuerbarer Energien. Die damit bewirkbare Umstellung der Gesellschaften würde ausreichen, wenn der Klimawandel erst in 50 Jahren beginnen würde – er hat aber schon begonnen. Die fossilen Strukturen sind an unzähligen Stellen mit unserem Alltagsleben, mit unseren Vorstellungen von gesellschaftlichem Erfolg, mit den wirtschaftlichen und politischen Institutionen verbunden. Tatsächlich ist aber nichts sicherer als Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und die Nutzung der erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne und Geothermie. Trotzdem werden im Namen von „Energiesicherheit“ riesige neue Kohlenstofflager erschlossen. Was Mutter Natur in einer Million Jahren durch Photosynthese und anschließende Fossilierung der abgestorbenen Pflanzen an Kohle, Öl und Gas geschaffen hat, heben wir heute innerhalb eines Jahres von ihrem Sparsbuch ab, und der globale Verbrauch weist weiter steil nach oben. Ohne eine bewusste und konsequente Entscheidung für einen neuen, CO₂-freien und solarintelligenten Weg, wird die Veränderung erst dann stattfinden, wenn die letzten Kohlenstofflager geplündert sind. Die Veränderung, um die es geht, entspricht in ihrer Reichweite der industriellen Revolution und die Menschheit hat nur wenig Zeit, 15 Jahre vielleicht, diese ökologische Revolution anzupacken.

Ohne eine aktive Führungsrolle von uns Bündnisgrünen wird in der Klimapolitik unseres Landes der Aufbruch nicht gelingen. Wir sind die Partei des Überganges zur solaren Gesellschaft, die ökologisch ist, weil sie CO₂-frei ist und ohne das atomare Risiko Energie erzeugt. Dabei wissen wir: Gelingen wird dieser Übergang nur, wenn er mehr soziale Gerechtigkeit

und mehr gesellschaftliche Freiheit ermöglicht – anstatt die Schere zwischen Armen und Reichen, zwischen Mächtigen und Machtlosen, weiter zu öffnen. Der Klimawandel stellt die soziale Frage neu, Klimapolitik wird sie beantworten müssen. Deutschland und Europa kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Klimapolitik sozial verantwortlich zu gestalten – diese Aufgabe steht im Zentrum der folgenden strategischen Überlegungen und Projekte einer neuen ökologischen Politik. Sie verstehen sich als Beitrag zur strategischen Debatte jener globalen Grünen Bewegung, die dafür kämpft, den Übergang zu erleichtern und zu beschleunigen um den Übergang zur solaren Gesellschaft zu voranzutreiben.

Von einem wirksamen Klimaprogramm sind die Mehrheitsparteien, dem 40 Prozent Ziel für die CO₂-Reduzierungen zum Trotz, weit entfernt. Die Förderung der Energieeinsparung bleibt halbherzig, milliardenschwere Subventionen unterstützen weiter die Klimazerstörung, riesige Braun- und Steinkohlekraftwerke werden neu gebaut. Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, auch persönliche Anstrengungen zum Schutz des Klimas zu unternehmen. Doch sie warten vergeblich auf verständliche und verlässliche Informationen zur Energieeinsparung im Alltag.

Keine Gesellschaft kann es sich leisten, in neue und alte Infrastrukturen zugleich zu investieren. Mutlosigkeit und Innovationsschwäche in Politik und Wirtschaft verzögern den Umbau. Aber der Druck wächst. Die Kampagne gegen neue Kohlekraftwerke, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN maßgeblich unterstützt, zeitigt erste Erfolge. Etliche Planungen konnten, von Bremen über Bielefeld bis nach Köln, verhindert werden. In Brandenburg sind wir auf dem besten Wege, durch ein Referendum die Erschließung von geplanten neuen Tagebauen zu verhindern. Und es entsteht eine neue Kultur: Vom Stromwechsel bis zum Schutz der biologischen Vielfalt durch Biolebensmittel hat sich der Alltag verändert. Anders zu leben, das Klima zu schützen, gehört zum modernen Lebensstil.

Wir können uns dabei nicht auf die herkömmliche Oppositionsrolle beschränken. Denn wir sind politischer Teil einer Bewegung für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung, die für die Mehrheit der Bevölkerung spricht. Es reicht uns nicht, die Vorschläge der Regierung zu kritisieren und dann Detailalternativen vorzuschlagen. Klimapolitik ist nicht nur Fachpolitik. Das Ziel einer solaren Gesellschaft fordert jede/jeden Einzelnen – und öffnet zugleich völlig neue, individuelle Entscheidungsspielräume. Das Zusammenspiel der Institutionen – Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – neu zu justieren, Ziele und Wege zu klären, die Menschen zur Mitgestaltung zu gewinnen – dafür wollen wir uns in den nächsten Jahren einsetzen.

Die Klimapolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird von den folgenden Grundsätzen geleitet

Grüne Klimapolitik setzt die ökologischen Ziele als Grundbedingung für das menschliche Leben - nicht als ein Ziel unter mehreren. Die globale Erderwärmung auf nicht mehr als zwei Grad zu beschränken, ist die ökologische Leitplanke jeder wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung.

Grüne Klimapolitik vermindert soziale Unterschiede und steht für soziale Gerechtigkeit. Sie sorgt für eine gerechte Verteilung von Lasten und Chancen und für Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und zwischen den Generationen.

Grüne Klimapolitik tritt für „Kohlenstoff-Gerechtigkeit“ und damit für globale Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd ein. Jeder Mensch hat gleiches Recht an der globalen Atmosphäre. Deshalb unterstützen wir die Festlegung eines gemeinsamen Zielwertes. Die ökologische Leitplanke, der sich die Bevölkerungen der Industrie- und der Schwellenländer annähern sollen, muss mittelfristig noch deutlich unter dem öffentlich diskutierten Ziel von zwei Tonnen CO₂ pro Person und Jahr betragen. Die Industrienationen stehen durch ihren übermäßigen Treibhausgasausstoß in einer besonderen Verantwortung, jetzt mit konsequenten Schritten die Epoche des radikalen Klimaschutzes einzuläuten.

Grüne Klimapolitik stärkt die politische und wirtschaftliche Freiheit. Wir wollen Entscheidungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger verbessern, die Macht von Oligopolen und Lobbys begrenzen und neue Handlungsoptionen für jede/n Einzelnen eröffnen. Sie fördert den Übergang zu einer grünen Marktwirtschaft.

Grüne Klimapolitik setzt auf einen selbstbewussten und verantwortlichen Staat, der seine Regulierungsaufgabe aktiv und intelligent wahrnimmt, das globale Gemeineigentum schützt und dafür sorgt, dass alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu den natürlichen Ressourcen erhalten.

Grüne Klimapolitik nutzt den Wettbewerb und damit den Markt. Sie verbindet ökonomische Vielfalt, ökologische Effizienz und soziale Verantwortung bei der Nutzung und Gewinnung von Energie.

Grüne Klimapolitik ist technikfreundlich. Sie nutzt die Möglichkeiten wissenschaftlicher Technikfolgenabschätzung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und setzt auf einen schnellen technischen Wandel zugunsten klimaneutraler, sozialverträglicher, umweltfreundlicher und sicherer Technologien.

Grüne Klimapolitik handelt international und global. Die Verteidigung der natürlichen Schätze der Menschheit kann nicht an nationalen Grenzen halt machen. Nicht nur die Zusammenarbeit der Staaten und internationalen Organisationen, sondern auch das Handeln der globalen Zivilgesellschaft ist notwendig, um die Klimakrise zu überwinden.

Grüne Energiepolitik ist Politik von unten. Wir zeigen, wie die Technik wieder eingeholt werden kann, die uns entlaufen schien. Die Kreativität ist groß: Passivhäuser, solare Energiegewinnung, Biogas- und Biomassenutzung, Windkraft – all das sind nicht nur high-tech-Innovationen von größter ökologischer und wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch Ausdrucksformen einer neuen Kultur, die von der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung hervorgebracht und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktiv vorangetrieben wurde.

Wir Grünen als Kommunalpartei stehen seit Jahren für den klimagerechten Umbau der städtischen Infrastrukturen. Städte werden grün: Angesichts des globalen Städtewachstums gibt es zur Neuplanung bzw. Umgestaltung der Bausubstanz, des Verkehrs und der Ver- und Entsorgungsstrukturen keine Alternative. Klimaneutralität wird die Städte verändern – und sie wird ihre Lebensqualität verbessern. Als Kommunalpartei setzen wir uns für die Entwicklung der kommunalen Stadtwerke zu modernen Energiedienstleistungsunternehmen ein. Hier ist teilweise noch ein Umdenkungsprozess bei den Stadtwerken erforderlich, wobei viele Stadtwerke bereits Träger der Energiewende sind.

Wir wollen den Wettbewerb in der Energiewirtschaft und fordern daher faire Rahmen-

bedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden und wenden uns entschieden gegen Benachteiligungen kommunaler Unternehmen wie z.B. zuletzt in NRW geschehen.

Klimaschutz muss zu einem zentralen Bestandteil staatlichen und privaten Handelns werden. Deshalb verlangen wir die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Verfassung. Sie unterstützt die dringend notwendige Klimaprüfung für alle Politiken und Strukturen hinsichtlich der Frage: Ermöglichen oder verhindern sie eine solare Gesellschaft? Das gilt auch für Gesetze und Verordnungen (vom Bauplanungsrecht bis zum Immissionsschutz) ebenso wie für sämtliche staatlichen Programme und Aktivitäten. Ehrgeizige Klimaziele zu verkünden und gleichzeitig Braun- oder Steinkohle-Kondensationskraftwerke zu ermöglichen und zu begünstigen und Autobahnprojekte wie die Fehmarn-Belt-Querung zu subventionieren, all das darf künftig nicht mehr möglich sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden ihre Aufmerksamkeit in den nächsten Jahren verstärkt auf die Verbindungsstellen von technischen und kulturellen Veränderungen richten. Während die „Energieversorger“ seit 50 Jahren keine wirklich neuen technischen Verfahren entwickelt und sich auf die schrittweise Verbesserung fossiler und atomarer Techniken beschränkt haben, sind die revolutionären Sprünge in der Energietechnik im kulturellen Umfeld der Umweltbewegung entstanden. Die künstliche Trennung von technischer und kultureller Rationalität in Frage zu stellen, technische Entwicklungen auch zum Thema der Feuilletons werden zu lassen und den politischen Umgang mit technischen Entwicklungen öffentlich zur Diskussion zu stellen, ist seit jeher Bestandteil grüner Strategien. Inzwischen ist deutlich geworden, dass Techniken über die globale Zukunft entscheiden – das heißt, es gibt kein verantwortliches Handeln mehr, das ohne klimapolitische Grundlage auskommt.

Klimaschutz in weltweiter Gerechtigkeit

Die gegenwärtige Verteilung klimarelevanter Emissionen auf der Erde ist aber äußerst ungleich und damit ungerecht. Dass die industrialisierten Länder die Atmosphäre übermäßig belasten, blockiert nicht nur den Klimaschutz, sondern gefährdet in absehbarer Zeit auch den Weltfrieden. Der Prozess der weltweiten Verringerung an Treibhausgasen muss darauf zielen, die Emissionen der einzelnen Länder entsprechend ihrer Bevölkerung spätestens bis 2050 zur Konvergenz zu bringen. Dabei müssen die Emissionsrechte bereits zuvor nach den in der Klimarahmenkonvention festgelegten Maßstäben der Verantwortlichkeit für den Klimawandel und der Fähigkeit zum Klimaschutz verteilt werden. Regionen, die übermäßig emittieren, müssen die Berechtigung dazu auf einem internationalen Kohlenstoffmarkt aus Gesellschaften erhandeln, die ihre Nutzungsrechte nicht ausschöpfen.

Der jetzt stattfindende - noch stärker der in Zukunft nicht mehr zu vermeidende - Klimawandel trifft vor allem die ärmsten Regionen der Erde und ganz besonders die arme Bevölkerung in diesen Regionen. Für den Klimawandel zahlen diejenigen den höchsten Preis, die ihn nicht verursachen; die hauptsächlich verantwortlichen Regionen haben in der Regel weit weniger darunter zu leiden. Weltweiter Klimaschutz und die Herstellung internationaler Gerechtigkeit sind auch darum untrennbare Ziele. Wer das Weltklima stark belastet, muss entsprechend zahlen; wer wenig emittiert, jedoch stark unter Klimawandel leidet, hat Anspruch auf Hilfe und Unterstützung durch die Verursacher.

Es sind internationale und transparent arbeitende Institutionen erforderlich, die die Nutzung der Kompensationsgelder überprüfen und sinnvoll lenken können. Organe der UNO wie das UN-Umweltprogramm (UNEP), das zu einer UN-Umweltorganisation (UNEO oder UNDEP) aufzuwerten ist, erhalten damit eine weitere Legitimation und wichtige neue Aufgaben.

Die globale Ausweitung und Harmonisierung bestehender Systeme des Emissionshandelns – wie in der EU und in einigen Staaten der USA – bietet die Möglichkeit, einen funktionsfähigen finanziellen Ausgleichsmechanismus zwischen reichen und stark emittierenden und armen und schwach emittierenden Ländern und Regionen schnell zu etablieren. Da die Atmosphäre ein Gemeinschaftsgut ist, gehören auch die Emissionsrechte uns allen gleichermaßen. Es ist ethisch nicht zu rechtfertigen, in Geld aufgewogene Emissionsrechte – damit Vermögenswerte aller Menschen – an Unternehmen zu verschenken. Daher schlagen wir vor, dass die Emissionszertifikate zu 100% versteigert werden.

Die EU muss deutlich machen, dass sie den Klimaschutz ernst meint. Daher sollte sie die für Industrieländer notwendigen Klimaschutzziele einseitig als für sich verbindlich erklären und ankündigen, dass sie ihre Reduktionsbemühungen auch dann fortsetzt, wenn internationale Vereinbarungen zu scheitern drohen. Zugleich sollte die EU den Schwellen- und Entwicklungsländern eine verstärkte technische Zusammenarbeit zu Zwecke des Klimaschutzes anbieten.

Grüne Energie - Projekte auf dem Weg zur klimaverträglichen Energieversorgung

Besser Leben und gute Arbeit ohne Kohle – Neue Kohlekraftwerke verhindern

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kämpfen gegen neue Kohlekraftwerke. Denn mit Kohlekraftwerken ist Klimaschutz nicht möglich. Alte fossile Kraftwerke und AKWs müssen nach und nach durch erneuerbare Energien, Energieeinsparungen und effiziente Technologien ersetzt werden. Jedes neue Kohlekraftwerk und jede Laufzeitverlängerung für AKWs lehnen wir ab. Statt auf diese Uralt-Technologien zu setzen, muss Deutschland jetzt konsequent eine zukunftsfähige Energieversorgung fördern und so Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen schaffen. Fossil-atomare Technologien kommen fast ohne Arbeitskräfte aus (auf zehn Megawatt Kraftwerksleistung kommt bei modernen Kohle-Meilern gerade noch ein Arbeitsplatz) und lassen viele Milliarden bei internationalen Oligopolen und in intransparenten Systemen versickern. Erneuerbare Energien hingegen ersetzen Emissionen durch Intelligenz und tragen schon jetzt entscheidend zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bei. Nicht nur das Handwerk hat grünen Boden, auch die Industrie der Zukunft wird grün sein.

100 Prozent erneuerbare Energien – Die Zukunft in Deutschland früher beginnen

Wir setzen auf die enormen Potentiale der neuen Energie-, Effizienz- und Steuerungstechnologien und die Fähigkeit der Wirtschaft, diese zu entwickeln und zu nutzen. Wie die Energiestudie unserer Bundestagsfraktion (Energie 2.0) zeigt, können wir die Stilllegung atomar-fossiler Kapazitäten mit einer Kombination aus regenerativer Erzeugung, Einsparung und Effizienzverbesserung (KWK) vollständig ausgleichen. Wir wollen unsere Wirtschaft und Lebensweise in wenigen Jahrzehnten auf 100 Prozent Erneuerbare umstellen. Das wird viel Kraft, Ideen und viel Geld kosten. Aber es nicht zu tun, kostet viel mehr: Der ungebremste Klimawandel hätte wirtschaftliche Folgekosten, die bis zu 20 Mal höher liegen und

würde für die Menschen einen Verlust an Lebensqualität bringen, der mit Geld nicht aufzuwiegen wäre.

Grüne Klimapolitik wendet sich für dieses Ziel gegen die Macht der Oligopole und fördert neue Infrastrukturen. Als Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung und –verteilung fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Bau eines europäischen Gleichstrom-Fernübertragungsnetzes. Diese neue Infrastruktur soll in öffentlicher Verantwortung betrieben werden. Sie beschränkt die Macht der Oligopole über den Netzbetrieb, fördert den Wettbewerb und sichert die großflächige Nutzung regenerativer (Wind- und Solarstrom) Energien in der Grundlast. Die Trennung von Netz und Produktion, die Rückübernahme von Netzen in die kommunale Verantwortung sowie der Aufbau moderner, dezentraler Netzstrukturen („Smart Grids“) sorgen für ein neues Verhältnis zwischen dezentralen und zentralen Strukturen. Wir fordern die Überführung der Stromfernleitungsnetze in die öffentliche Hand oder in eine von den Energiekonzernen unabhängige, vom Staat und Verbraucherschutz zu kontrollierende Betreibergesellschaft.

Es ist notwendig und möglich, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland bis 2020 deutlich über die von der Bundesregierung vorgesehenen 25-30% hinaus auf über 40% zu steigern. Dazu setzen wir auf die Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das Grundlage für den beispielhaften Zuwachs der Stromerzeugung unter Grüner Regierungsbeteiligung gewesen ist. Durch die Wirkung dieses Gesetzes ist der Kern einer dezentral ausgerichteten Erzeugungs- und Versorgungsstruktur entstanden, die begonnen hat, den Einfluss der zentralistischen Oligopole des fossil-nuklearen Sektors in Frage zu stellen. Weiter so! Und noch schneller so! Wir setzen uns daher auch für eine europäische Regelung nach dem Vorbild des EEG ein, um den dringend notwendigen Ausbau der solaren Energien im Stromsektor EU-weit zu beschleunigen.

Erarbeitung und Beschluss des EEG muss in parlamentarischer Verantwortung sein und bleiben. Die jetzt anstehende Novellierung muss die erweiterten Zielsetzungen ebenso berücksichtigen wie die Kostensteigerungen in den verschiedenen Sektoren. Es gilt Wege zu finden, die weiterhin als Anreize zur Kostendegression dienen und somit Innovation vorantreiben, die gleichzeitig aber reale Kostenentwicklungen berücksichtigen. Das gilt insbesondere für die Windenergie zu Lande wie zur See, aber auch für die Photovoltaik und für die Biomasse. Auch muss endlich das Gesetz zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energiequellen auf den Weg gebracht werden, um in diesem Sektor ähnlich hohe und dauerhafte Wachstumsbedingungen sicherzustellen wie im Stromsektor.

Klimaschutz gerecht – Modell für einen Öko-Bonus entwickeln

Grüne Klimapolitik macht die soziale Dimension unseres Gesellschaftsprojektes sichtbar. Sie verbindet den Kampf gegen den Klimawandel mit der Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit und stärkt die Entscheidungsfreiheit der Konsumenten. Deshalb arbeiten wir an einem Konzept für einen Öko-Bonus: Einer Abgabe auf den fossilen und atomaren Energieverbrauch in lenkungswirksamer Höhe, die den BürgerInnen anschließend in vollem Umfang zurückgegeben wird. Während sich aber die Abgabe nach dem individuellen Verbrauch richtet, ist die zurückgezahlte Summe für jeden gleich. Ob Kind, Rentnerin, Multimillionär, Arbeitsloser oder Porschefahrer: Wer wenig Energie verbraucht hat, erhält am Ende des Jahres einen Betrag, der über seinen Abgaben liegt. VielverbraucherInnen hinge-

gen gehen spürbar ins Minus. Da im statistischen Mittel jene Menschen mehr Energie verbrauchen, die über ein besseres Einkommen verfügen, wird der Klima-Bonus eine Umverteilung von oben nach unten bewirken und dazu beitragen, dass die soziale Schere kleiner wird. Und er wird für alle dazu führen, dass klimafreundliches Verhalten auch finanziell belohnt wird.

Vielfalt der Lebensstile erhalten

Der Klimawandel ist eine Herausforderung für den Lebensstil aller Menschen. Nur wenn wir den Klimaschutz in unseren Lebensstilen berücksichtigen, können wir sie in ihrer Vielfalt erhalten. Die Folgen des Klimawandels drohen unsere Handlungsmöglichkeiten enorm einzuschränken. Heute verursacht jedeR Deutsche durchschnittlich zehn Tonnen CO₂ im Jahr, in Zukunft sollten es weniger als zwei Tonnen pro Person sein. Das zu erreichen erfordert nicht nur eine neue Energieversorgung und viele technische Innovationen, sondern auch individuelles Engagement. Dabei ist das unterschiedliche Konsumverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Der dafür erforderliche Dialog muss den Lebensrealitäten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht werden. Mit jeder Entscheidung darüber, wie wir Mobilität genießen, was wir essen, was wir einkaufen, wie wir wohnen, entscheiden wir indirekt immer mit darüber, wie stark wir das Klima mit Treibhausgasen belasten. Information und klimagerechte Preise machen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen möglich und gerecht.

Grüne Klimapolitik setzt auf optimale Information der VerbraucherInnen. Erst dadurch wird ein funktionierender Markt und werden ökologische Lebensstile praktisch möglich. Bisher ist es recht und billig, Energie zu verschwenden – effizientes und sparsames Handeln dagegen wird durch Informationslücken und technische Hindernisse gebremst. Wir sehen in der Übernahme der Informationskosten und der Verhinderung unnötiger Mehrverbräuche eine Bringschuld des Staates. Anstelle zahlloser Websites und Interessen geleiteter Teilinformationen fordern wir deshalb eine Stiftung Energietest, die die energetische Bewertung von Geräten, Gebäuden und technischen Verfahren zusammenführt. Im Einzelnen umzusetzen sind die staatliche Förderung der energetischen Bewertung von Gebäuden, neue Abrechnungssysteme („Smart metering“) eine freiwillige und kostenlose Energieverbrauchskontrolle durch Stromanbieter im Haushalt, intelligente Netze, ein Top-Runner-Programm für Energie verbrauchende Geräte und vieles mehr. Klimaschutz lebt vom Mitmachen, weshalb eine verstärkte Umweltaufklärung erfolgen muss. Die Mittel für Kampagnen zur Qualifizierung und Aufklärung müssen deutlich erhöht werden. Das Umweltbewusstsein heranwachsender Menschen mit dem Ziel einer nachhaltigen Verhaltensänderung soll in allen Schulen gefördert werden.

Gleiche Emissionsrechte für alle

Grüne Klimapolitik will, dass Kohlendioxid & Co einen Preis erhalten, der starke Anreize zu ihrer Vermeidung gibt, weil sonst unsere Ziele der ökologischen Gerechtigkeit gar nicht erreichbar sind. Die Emissionsrechte sollen nicht vom Staat erteilt, sondern versteigert werden. Deshalb setzen wir uns für eine ehrgeizigere Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems ein. Wir wollen, dass die Emissionszertifikate Schritt für Schritt verknappt werden. Im Rahmen des internationalen Kyoto-Prozesses unterstützen wir die Einführung eines Emissionshandels, der auf dem Prinzip gleicher „Emissionsrechte“ für alle

Menschen basiert. Im Ergebnis führt ein solches Konzept auch dazu, dass die Entwicklungsländer Klimaschutz nicht länger als Bedrohung, sondern als Form einer fairen Zusammenarbeit sehen.

Lebensqualität zurückerobern - Schritte und Wege zur CO2-freien Mobilität

Wir brauchen einen völlig neuen Umgang mit Mobilität. Während in anderen Sektoren die CO2- Emissionen – wenn auch zu langsam und nur in wenigen Staaten - kontinuierlich sinken, steigen sie beim Verkehr weiter an. Seit 1990 sind sie in Europa um 25 Prozent gestiegen, im Luftverkehr haben sie sich sogar verdoppelt. Künftig werden die Emissionen deshalb bei jeder Mobilitätsentscheidung berücksichtigt werden müssen – ob es um die individuellen Entscheidungen für oder gegen eine Flugreise geht, um die Fahrpreise im öffentlichen Verkehr, den Transport von Gütern oder den Bau eines neuen Autotyps.

Um die Errungenschaft Grenzen überschreitender Mobilität zu erhalten ist eine tief greifende Erneuerung der technologischen und kulturellen Mobilitätsstrategien notwendig – für mehr Klimaschutz und mehr Lebensqualität. Damit diese möglich wird, müssen die ökonomischen Rahmenbedingungen für Mobilitätsentscheidungen korrigiert werden. Wir berücksichtigen auch unterschiedliche Nutzung von bestimmten Bevölkerungsgruppen (jung, alt; arm, reich; weiblich, männlich). Nur so können wir die Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln verändern. Milliarden schwere Privilegien für klimaschädliche Verkehrsmittel und Infrastrukturen – bzw. für jenen Teil der Bevölkerung, der diese nutzen kann – sind für uns nicht akzeptabel.

Kritische Öffentlichkeit zu technisch-kulturellen Fragen ist dabei wichtiger denn je. Gegenwärtig werden, um alte Strukturen aufrecht zu erhalten, neue Fehler gemacht. Überdimensionierte Motoren und Verschwendung werden als „Luxus“ verkauft, die Kaufkraft der Oberschicht und eine weit verbreitete „Mobilitätseitelkeit“ gegen die Ernährungsbedürfnisse der Ärmsten und gegen die Erhaltung der Regenwälder in Stellung gebracht, in dem „Biotreibstoffe“ verwendet werden, deren Herstellung alles andere als ökologisch ist. Weder die Nachhaltigkeitsbewertung von Technologien und technologischen Pfaden noch die Technologiefolgenabschätzung darf aus dem Blick geraten. Das ist gerade auch unsere Aufgabe als Partei der Nachhaltigkeit.

Die Verkehrsplanung der Zukunft muss die soziale Gerechtigkeit im Blick haben - schließlich orientiert sich die Verkehrsplanung noch immer zuerst an jenen, die sich ein Auto leisten können. Deshalb wollen wir die Lebensqualität in den Städten durch systematische Unterstützung klimaverträglicher Formen der Mobilität – Fußgänger-, Fahrrad und öffentlicher Verkehr – nachhaltig verbessern.

Unsere Verkehrspolitik wendet sich gegen die soziale Spaltung der Städte. Die Verminderung von Lärm- und Abgasemissionen verbessert die Verhältnisse in sozial schwächeren Wohngebieten. Auch Verkehrsvermeidung dient der Verbesserung der Lebensqualität. Wir wenden uns nicht gegen Mobilität, sondern gegen Infrastrukturzwänge, die unnötige Transporte und überflüssige Wege mit sich bringen.

Folgende Projekte Grüner Mobilität wollen wir in den nächsten Jahren in den Mittelpunkt stellen:

Lebensqualität in grünen Städten – Stadtmobilität der Zukunft

Mobilität braucht neue Wege, nicht neue Straßen. Der Klimawandel erfordert einen Bruch mit den Traditionen deutscher Verkehrspolitik, die noch immer überwiegend Straßenbaupolitik ist.

Wir werden deshalb die Lebensqualität der Menschen und nicht den PKW- und LKW-Verkehr in der Stadt ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Mehr Freiheit für die Städte bei der Durchsetzung klimafreundlicher Verkehrskonzepte (Tempo 30 innerorts, City-Maut, City-Logistik-Zentren), Freiräume für Festlegung autofreier Tage oder von Parkraumbewirtschaftungszonen – wenn Kommunen mehr Klimaschutz wollen, darf der Bund nicht länger bremsen. Kommunal- und landespolitisch werden wir den Fußgänger- und Fahrradverkehr fördern, „grüne Achsen“ für überörtliche Fahrradverbindungen schaffen, Car-Sharing und Fahrradleihsysteme wie z.B. Call-A-Bike unterstützen, die Rahmenbedingungen für solar-elektrische Mobilität, aber auch für autofreie Stadtteile verbessern.

Lebensqualität in der Fläche

Autos werden auch künftig einen hohen Anteil des Verkehrs ausmachen. Gerade im ländlichen Raum ermöglicht heute manchmal nur das Auto die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Dies ist in Zeiten der Klimaveränderung und explodierender Benzinpreise für uns nicht hinnehmbar. Wir treten ein für die Entwicklung und den Ausbau intelligenter ÖPNV-Systeme in der Fläche. Rufbus und Sammeltaxis haben sich bereits bewährt, vor allem in Kombination beider Systeme. Auch völlig neue Wege müssen angedacht und schnell zur Marktreife gebracht werden.

Die Schweiz zeigt, dass ein ÖPNV-System bis in die tiefe Fläche hinein machbar ist und angenommen wird.

Green Car – Individualverkehr klimaverträglich machen

Klimafreundliche Autos bedeutet für uns, dass der Bau und die Nutzung eines Fahrzeuges mit den Zielen einer globalen Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes vereinbar ist. Sparsame Varianten herkömmlicher Autos – vom fünf-Liter- (pro 100 km) bis zum 80g- (CO₂ pro km) Auto – sind wichtige Zwischenschritte. Solche Einsparungen drohen aber innerhalb kurzer Zeit durch die globale Zunahme der Anzahl an Fahrzeugen kompensiert zu werden. Wir unterstützen demgegenüber Fahrzeug-, Antriebs- und Kraftstoffkonzepte, die tatsächlich CO₂-Neutralität ermöglichen, zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen und mit den entstehenden globalen Stadtkulturen vereinbar sind.

Die Umriss einer klimaverträglichen Autokultur sind bereits erkennbar. Für den Fahrzeugbau geht es um konsequenten Leichtbau und eine Effizienzrevolution bei Antrieben (z.B. solarelektrischer Antrieb). Zugleich sind neue Rahmenbedingungen notwendig. Deshalb fordern wir die Festsetzung einer technisch begrenzten Höchstgeschwindigkeit für Neuzulassungen sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 30 innerorts, Tempo 120 auf Autobahnen), die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für City-Maut-Systeme, die Unterstützung von Car-Sharing.

Beim Übergang zu klimafreundlichen Fahrzeugen setzen wir auf Vielfalt. Es geht uns um die möglichst schnelle Verminderung des Verbrauchs. Zugleich werden wir Sackgassen wie

etwa die Ausstattung traditioneller Nobelkarossen mit Wasserstofftanks (mit der Folge einer Vervielfachung der rechnerischen CO₂-Emissionen) kritisch benennen.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir ein Marktanzreizprogramm „eine Million Elektroautos bzw. Plug-In-Hybride“ mit einem rechnerischen Kraftstoffverbrauch unter zwei Litern bis 2020. Die Forschungsmittel sollen auf tatsächlich neue und zukunftsfähige Vorhaben konzentriert werden. Auch der verpflichtende Einsatz von Leichtlaufölen und -reifen kann den Rahmen für klimaverträgliche Autokonzepte verbessern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine durchschnittliche Obergrenze für alle neuen PKW ab 2012 von höchstens 120g CO₂/km und ab 2020 von 80g CO₂/km. Zudem müssen diese Strategien der CO₂-Reduzierung auch auf Busse und LKW übertragen werden. Dazu fordern wir, dass eine Obergrenze für CO₂-Emissionen pro Fahrzeug eingeführt wird, die das Doppelte des jeweils gültigen Durchschnittsgrenzwerts beträgt. Fahrzeuge, die 2012 mehr als 240g CO₂/km verbrauchen, erhalten dann keine Zulassung mehr.

Finanziert werden diese Vorhaben durch den Abbau der Subventionen für die CO₂-Emission des Straßenverkehrs, insbesondere die Abschaffung des Dienstwagen-Privilegs und die Verschärfung der ökologischen Progression in der Kfz-Steuer durch die Umstellung der Bemessungsgrundlage auf CO₂.

Die Bahn - Erlösung von fast allen Lastern

Die gegenwärtigen Planungen für die Privatisierung der Deutschen Bahn AG gefährden ein zentrales Element klimafreundlicher Verkehrsinfrastruktur.

Wir fordern eine Neuorientierung der Bahnpolitik. Die Bahn muss sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr ihre Transportleistung vervielfachen. Dafür muss das Dienstleistungsangebot verbessert, das Schienennetz ausgeweitet und diskriminierungsfreier Wettbewerb auf dem deutschen und europäischen Netz ermöglicht werden. Die Privatisierung bzw. zeitweise Überlassung des Schienennetzes an ein privates Unternehmen kommt aus ordnungspolitischen Gründen für uns nicht in Frage. Vorstellungen, nach denen die Bahn AG privatisiert und als „nationaler Champion“ zum internationalen Logistikkonzern umgebaut werden soll, stehen dieser Orientierung entgegen und werden von uns abgelehnt.

Auch die ökonomischen Rahmenbedingungen bedürfen dringend der Korrektur. Lastwagen blockieren nicht nur Autobahnen und Landstraßen, sondern auch einen wirksamen Klimaschutz. Nicht einmal Verbrauchshöchstwerte für LKW sind gegenwärtig vorgesehen. Noch immer werden für alle Schienentransporte Trassenpreise erhoben, die weit über den für die Straße geltenden Mautsätzen liegen. Dabei zeigt das Schweizer Beispiel, dass einer Rückverlagerung von der Straße auf die Schiene selbst in einem hochentwickelten Land im Zentrum Europas keine Utopie ist. Güter gehören auf die Schiene – deshalb fordern wir die Ausweitung der LKW-Maut auf die in der Schweiz geltende Höhe sowie auf alle Straßen und für alle LKW ab 3,5 Tonnen.

Mobilitätssubventionen abbauen - Flugbenzin besteuern

Der Flugverkehr ist der am schnellsten wachsende Verkehrssektor – und eine enorme Belastung für das Klima, weil die Schadstoffemissionen in der Luft mehr als dreimal so schädlich sind wie die des Straßenverkehrs oder der Industrieanlagen. Dass das Taxi zum Flughafen

teurer ist als der Flug selbst, ist dennoch kein ökonomisches Wunder – diese Verzerrung der ökologischen und ökonomischen Realität wird durch ein System von Subventionen ermöglicht, von der Steuerfreiheit für Flugbenzin über die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Tickets bis zur staatlichen Förderung von Regionalflughäfen. Über die Einbeziehung des Flugverkehrs in einen europäischen und internationalen Emissionshandel hinaus fordern wir die Abschaffung aller staatlichen Zahlungen für den Flugverkehr und die Durchsetzung einer am Schadenspotential dieses Verkehrsmittels orientierten Kerosinbesteuerung.

Die Vielfalt des Lebens erhalten – Grüne Projekte für die Naturschutzpolitik

Gegenwärtig geht die Vielfalt der Natur infolge menschlicher Aktivitäten (Entwaldung, Flächenkonkurrenz, Überfischung der Meere, Industrialisierung der Landwirtschaft, Schadstoffbelastung der Ökosysteme, fortschreitender Klimawandel) in nie da gewesenem Umfang zurück. In Europa sind bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und Säugetiere bereits ausgestorben; ein Sechstel der europäischen Säugetiere ist vom Aussterben bedroht. In Deutschland sind über 72 Prozent der Biotoptypen als gefährdet eingestuft.

Es droht – ähnlich wie bei der Klimakrise – eine Katastrophe, die zwar viele kommen sehen, die aber dennoch die große Öffentlichkeit nicht erreicht.

Wir sehen im Erhalt und Erlebnis unzerstörter Natur ein elementares Bedürfnis und eine Grundlage unserer Kultur. Viele von uns plädieren für ein „Eigenrecht der Natur“. Wir möchten den Biodiversitätsschutz zum Querschnittsthema aller relevanten Politikfelder machen.

Die UNO hat mit der Internationalen Konvention zum Schutz der Biologischen Vielfalt (CBD) die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen zur Aufgabe der gesamten Menschheit erklärt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der biologischen Sicherheit – schließlich stellen genveränderte Organismen eine große Bedrohung für die biologische Vielfalt dar. Uns verbinden dabei folgende Grundsätze:

Vielfalt schützen: Biologische Vielfalt muss durch dauerhaften Schutz gefährdeter Lebensräume und Gebiete sowie durch die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen erhalten werden.

Vielfalt gerecht nutzen: Handel mit nicht zertifiziertem Holz, Regenwaldrodung für den Anbau von Soja oder Palmöl und die Überfischung der Meere treffen weltweit jene am schlimmsten, die direkt von der Natur leben müssen – die Ärmsten der Armen - und gefährdet so ein Drittel der Menschheit.

Vielfalt für das Klima: Ohne wirksamen Schutz der Biodiversität gibt es keinen wirksamen Klimaschutz. Und ohne wirksamen Klimaschutz ist kein Erhalt der Biodiversität möglich. Die Komplexität der Zusammenhänge und der politische Steuerungsbedarf, der sich daraus ergibt, müssen endlich wahrgenommen werden.

Vielfalt durch Kultur: Die globale Zerstörung der biologischen Vielfalt wird durch die Lebensweisen in den industriellen Zentren verursacht und beschleunigt. Vom Fleisch- und Fischkonsum über die Bekleidungsmoden bis zum Einsatz seltener Hölzer und Metalle für

bestimmte Produkte hängt die Plünderung mit unser aller Alltag zusammen. Wichtig ist dabei auch die kulturelle Dimension: Es geht uns um Genuss statt Raubbau. Wir wollen diese Lebensweisen weiterentwickeln und mit Gesundheit, Wohlbefinden und Klimaschutz zusammenführen.

Folgende Projekte Grüner Politik im Bereich Erhalt der Vielfalt der Natur, wollen wir in den kommenden Jahren in den Mittelpunkt stellen:

Ein grünes Netz für Europa - Natur schützen, Wildnis wagen

Die EU hat sich mit Natura 2000 zum Ziel gesetzt, das Naturerbe Europas zu erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine konsequente Umsetzung und ausreichende finanzielle Förderung des europäischen Biotopverbundes, damit die Artenvielfalt auch nach der Gebietsausweisung erhalten werden kann. Trotz aller Bemühungen um Naturschutz und Biodiversität schreiten Naturverbrauch, Flächenversiegelung und Verlust an Biodiversität auch in Deutschland und Europa voran. Deshalb droht die EU ihr erklärtes Ziel, das Artensterben bis 2010 zu stoppen, zu verfehlen. Wir fordern eine drastische Reduzierung der Flächenversiegelung, d.h. mittelfristig muss eine Neuversiegelung z.B. durch Bauland oder Straßenbau durch die Renaturierung gleichgroßer Flächen kompensiert werden.

Europa muss beim Schutz von Natur und Biodiversität mit gutem Beispiel vorangehen. Nur wer in der Lage ist, die Qualität der eigenen Landschaften, Wälder und Meere zu schützen und ihre Ressourcen dauerhaft zu erhalten, kann glaubwürdig für die Erhaltung von tropischen Wäldern und arktischen Regionen eintreten. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau der FFH-Gebiete in Deutschland und Europa ein. Außerdem wollen wir mindestens zehn Prozent der Fläche der Bundesrepublik in einem Biotopverbund zusammenführen. Wir wollen die europäischen Schutzgebiete durch grüne Korridore verbinden und so ein umfassendes Netzwerk der Vielfalt schaffen. Veräußerungen von ökologisch wertvollen Flächen durch die Artenvielfalt und Naturschutz gefährdet werden, lehnen wir ab.

Notwendig ist die Verstärkung (in vielen Bundesländern muss man leider bereits von einer notwendigen Neugründung sprechen) der Naturschutzverwaltungen in Deutschland. Die Pflege des Naturreichtums braucht ein kompetentes Management.

Genuss statt Raubbau – gesund, ökologisch, gentechnikfrei

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren und sind die Partei der biologischen Landwirtschaft – und der Veränderung von Lebensstilen. Immer mehr Menschen legen Wert auf gesunde und ökologische Lebensmittel. Trotzdem gibt es wachsende Probleme mit falscher Ernährung und Übergewicht, gerade bei Kindern und Jugendlichen. Skandale um Gammelfleisch oder pestizidbelastetes Gemüse verderben vielen Menschen den Appetit. Gleichzeitig droht, vorangetrieben durch die Politik der Bundesregierung, eine schleichende Verunreinigung unserer Nahrung mit Gentechnik. Kein Wunder also, dass der Biomarkt boomt. Doch weil Bund und Länder die Förderung für die ökologische Landwirtschaft gekappt haben, kann die heimische Landwirtschaft den steigenden Bedarf nach Bio immer weniger decken. Diesen Fehlentwicklungen stellen wir eine grüne Politik gegenüber, die auf eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft setzt. Grüne Politik zielt auf gutes Leben und gesunden Genuss. Gefährliche Pestizidrückstände sind eine der größten Lebensmittelsorgen der VerbraucherInnen. Für uns Bündnisgrüne hat der Schutz der Menschen und der Umwelt vor gifti-

gen Pestiziden herausgehobene Bedeutung. Wir treten ein für ein klares Verbot der gefährlichsten Pestizide (krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe), und auch solcher, die giftig sind für Nerven- und Immunsystem und hormonelle Schäden hervorrufen. Der Einsatz ungefährlicherer Alternativen muss gestärkt werden – dies wird auch Innovationsanreize setzen. Besonders am Herzen liegt uns, dass bei der Festlegung der Rückstandshöchstmengen sensible Verbrauchergruppen wie Kinder, Schwangere oder Alte zum Maßstab werden. Ambitionierte Pestizid-Reduktionsprogramme sind nicht nur ein Gewinn für die VerbraucherInnen und nachhaltig produzierende Landwirte, sondern auch für die Umwelt, vor allem für die Biodiversität und den Wasserschutz.

Es wird immer mehr Fleisch nachgefragt. Schon jetzt werden 30 % der Ackerflächen weltweit für die Fleischproduktion benötigt, die Welternährungsorganisation (FAO) rechnet mit einer annähernden Verdopplung bis 2050. Diesen Trend wollen wir brechen.

Die EU-Agrarförderung muss verstärkt die gesellschaftlichen Leistungen der Bauern für Natur und Umwelt honorieren. Bauern sollen Landwirtschaft, Waldbewirtschaftung und Naturschutz gemeinsam erreichen können. Die intensive konventionelle Landwirtschaft ist, insbesondere auch durch den Einsatz von Stickstoffdünger, einer der großen Verursacher des Klimawandels, auch sie muss ökologisiert werden und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen die ökologisch bewirtschafteten Flächen durch eine konsequente Förderung bis 2020 deutlich steigern. Wegen der höheren Artenvielfalt durch den Ökologischen Landbau und der besseren Klimabilanz wollen wir langfristig die gesamte Fläche nach ökologischen Kriterien bewirtschaften.

Die nächsten Jahre entscheiden darüber, ob VerbraucherInnen auch in Zukunft noch die Wahl haben werden zwischen gen-veränderten und natürlichen Lebensmitteln. Deshalb kämpfen wir für den Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft und für die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen durch eine strikte Gentechnik-Kennzeichnung, scharfe Grenzwerte, klare Haftungsübernahmen, Risikoforschung und die Förderung gentechnikfreier Regionen.

Im Kampf gegen Lebensmittelskandale setzen wir auf bessere und zielgenauere Kontrollen sowie auf eine offensive Politik der Verbraucherinformation. Auf Lebensmitteln muss ihre CO₂-Bilanz erkennbar sein.

Gegen eine Monopolisierung der biologischen Vielfalt

Biopatente und Biopiraterie sind eine große Bedrohung der biologischen Vielfalt – sowohl hinsichtlich ihres Schutzes als auch hinsichtlich des gerechten Zugangs zur biologischen Vielfalt. Bisher waren Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen und menschliche Gene von der Patentierung ausgeschlossen. Mit dem TRIPS-Abkommen der WTO wurde ein internationales Abkommen geschaffen, das multinationalen Konzernen kostenlosen Zugang zu den biologischen Ressourcen verschafft, um sich Monopole zu sichern.

Viele ärmere Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen mit großer Sorge, dass sie durch Patente vom technischen Fortschritt abgeschnitten werden könnten – und zugleich die Kontrolle über die eigenen genetischen Ressourcen an multinationale Konzerne verlieren. Darum muss im internationalen Recht sichergestellt werden, dass die Interessen dieser Länder nicht übergangen werden und die Souveränität der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften über ihre biologischen Ressourcen durch faire und effektive Regelungen

gen wieder hergestellt und abgesichert werden.

Auch muss sichergestellt werden, dass keine biologischen Ressourcen ohne Information und Einverständnis der Ursprungseigner gesammelt und außer Landes gebracht werden dürfen. Die Verträge des „International Plant Exchange Network, IPEN“, die unter anderem von den deutschen Botanischen Gärten erarbeitet wurden, sind ein positives Modell für mögliche vertragliche Grundlagen im Rahmen taxonomischer Sammlungen, mit denen die Pflanzen- und Tierarten inventarisiert werden können.

Schluss mit dem Import klimazerstörender Produkte

Wir fordern rechtliche und institutionelle Voraussetzungen für ein verbindliches Zertifizierungsverfahren für Hölzer und für andere Produkte aus klima- und biodiversitäts-sensiblen Produktionssektoren. Für nicht zertifiziertes Tropenholz sowie für Produkte aus Gebieten, die nach dem 01.01.2000 abgeholzt wurden, verlangen wir ein sofortiges Import- und Handelsverbot.

Um die Verschärfung der Klimakrise durch Maßnahmen, die sie eigentlich bekämpfen sollten, zu verhindern, fordern wir ein Importverbot für nicht zertifizierte Agrarkraftstoffe. Dasselbe gilt für Produkte aus den EU-Staaten, etwa Torf aus dem Baltikum, der im deutschen Gartenbau eingesetzt wird und eine zusätzliche CO₂-Freisetzung bewirkt: Wir fordern die Aufnahme von Verhandlungen mit EU und WTO, um den Klimaschutz und die biologische Vielfalt zum Bestandteil des globalen Handelssystems zu machen. Weiterhin fordern wir breit angelegte Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker zur Umsetzung der alternativen Energietechniken und Energiesparmaßnahmen und zur Steigerung der Effizienz.

Schlussbemerkung

Die bisherige Strategie vieler Regierungen, auch in Deutschland, für die Bekämpfung des Klimawandels ist unbrauchbar. Mit großem rhetorischem Pathos werden Maßnahmen vorgewinkt, doch mit hohem finanziellem Aufwand letztlich untaugliche zentrale Technologien gefördert. Man zeigt sich sehr besorgt und setzt hohe Zielmarken – aber man verzichtet auf die Einführung angemessener Instrumente zur Zielerreichung. Andere Akteure ignorieren das Problem oder verfallen in Resignation.

Für uns, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kommt keine dieser Strategien in Frage. Wir müssen schnell und konsequent auf einen klimafreundlichen Pfad in die solare Gesellschaft der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz einschwenken.

Uns ist bewusst, dass die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen, wiewohl sie an der Spitze des heutigen Standes der Diskussion stehen, schon mittelfristig von der klimatischen Entwicklung überholt werden können, vor allem dann, wenn sie nicht schnell realisiert werden. Es steht dann zu befürchten, dass die Abwendung des planetarischen Notstands "Klimawandel" gesamtgesellschaftliche Anstrengungen erfordert, die erheblich weiter gehen.

Die in diesem Papier dargestellten Überlegungen und Projekte zielen letztlich auf eine völlige Umgestaltung der Industriegesellschaft, wie sie sich in den letzten 200 Jahren entwickelt und über den Globus ausgebreitet hat - ihrer Basistechnologien, ihrer Infrastrukturen, ihrer normativen Grundlagen und ihrer Kultur. Ohne eine solche Veränderung wird es nicht möglich sein, sich von der fossilen Basis dieser Gesellschaft zu entkoppeln und neue,

emissionsfreie Strukturen aufzubauen.

Dass dies in jedem Einzelfall im Konsens aller Beteiligten und ohne größere politische Konflikte zu haben sei, glauben wir nicht – und wir scheuen auch diese Konflikte nicht. Die anstehenden Konflikte werden nur gelöst werden, wenn die Politik klare Ziele und Rahmenbedingungen für die nächsten Jahrzehnte setzt. Die Abkehr von der atomar-fossilen Energiebasis ist die Grundlage jeder erfolgversprechenden Politik und wird in der Wirtschaft zu einem bisher nicht vorstellbaren Innovationsschub führen. Wir Grüne fühlen uns den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet dafür zu sorgen, dass Klimapolitik bestehende soziale Ungleichheiten vermindert und nicht verstärkt. Auf diese Weise wird die Akzeptanz für ökologische Politik gestärkt und werden die kreativen Kräfte der Gesellschaft geweckt.

Wir sind dabei ehrlich genug, die soziale Frage global zu stellen. Die größten Verlierer des Klimawandels sind leider die Menschen in den Ländern, die am wenigsten zu ihm beitragen. Das heißt, dass wir bereit sein müssen, einen erheblich größeren Teil unseres Wohlstands in Klimaschutz zu investieren. Damit bleiben zwangsläufig andere Bedürfnisse und Wünsche unerfüllt. Und dies wird auch durchschnittlich verdienenden Menschen bei uns etwas abverlangen müssen. Die oberen Zehntausend allein können das Klima weder retten noch zerstören.

Weil der Klimawandel die Grundlage unseres Wirtschaftens und unserer Zivilisation fundamental in Frage stellt, steht für uns Bündnisgrüne der Kampf dagegen ganz vorne auf der politischen Agenda. Dies ist die Herausforderung der menschlichen Gesellschaften im 21. Jahrhundert. Nur wer bereit ist, in einer Regierung das Notwendige zu tun, um Deutschlands zwingenden Beitrag zum Klimaschutz zu erfüllen, ist für uns ein geeigneter Koalitionspartner. Denn wir wissen: Eine Regierung ohne uns Bündnisgrüne wird das Notwendige nicht anpacken.

Der Kampf gegen den Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt gehen weit über Parteigrenzen hinaus, betreffen sie doch die Grundlage jeder Politik selbst. Wir wollen unsere Rolle als treibende Kraft in diesem Bereich weiter ausbauen. Deshalb suchen wir den Dialog mit allen, die bei dieser großen Aufgabe mitwirken – über Partei- und Koalitionsgrenzen hinaus.

Wir möchten deshalb an alle Bürgerinnen und Bürger appellieren ihre Handlungsmöglichkeiten zu nutzen. Wir brauchen eine Bürgerbewegung für Klimaschutz. Es wird notwendig sein auch Gewohnheiten umzustellen, selbstverständliche Bequemlichkeiten infrage zu stellen, neue finanzielle Prioritäten zu setzen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Manche nennen das Opfer, wir nennen das Gewinn – auch an sozialer Gerechtigkeit. Nur in einer großen, gemeinsamen Anstrengung – die am Ende in eine globale Anstrengung einmünden muss – wird es möglich sein, unsere Gesellschaft schließlich klimaverträglich und lebensfreundlich zu gestalten und die solare Gesellschaft einzuläuten.